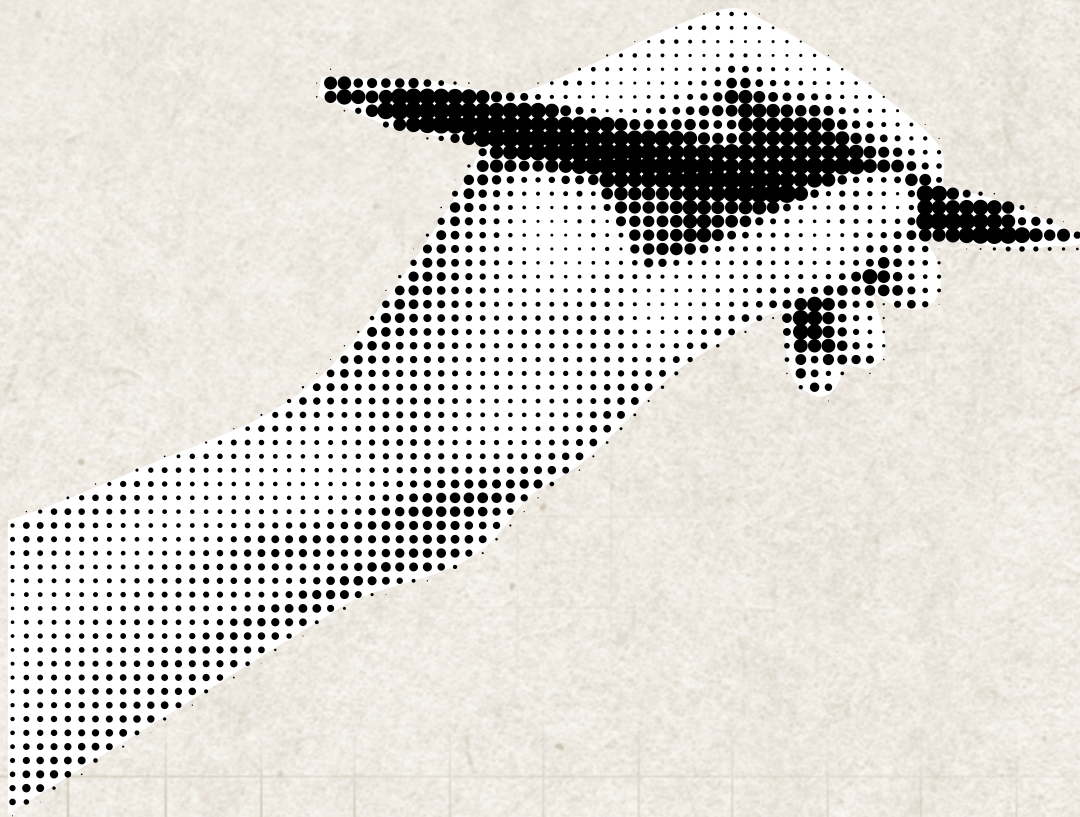




Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
in der Bremischen Bürgerschaft

Was wirkt. Was kommt.

Grüne Bilanz 2025 / Ausblick 2026





Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Bremischen Bürgerschaft

Vorwort

Vor bald drei Jahren ist unsere rot-grün-rote Koalition in ihre zweite Legislaturperiode gestartet. Mit dem Ende dieser Wahlperiode im kommenden Jahr werden wir Grünen 20 Jahre gemeinsam mit der SPD die Bremer Politik verantwortet und geprägt haben. Die SPD wiederum trägt in Bremen seit rund 80 Jahren Regierungsverantwortung.

Grüne Finanzpolitik bildet seit 19 Jahren die konkrete Grundlage unserer Zusammenarbeit. Unser Ziel ist dabei stets eine möglichst wirksame, soziale Klima- und Umweltpolitik.

Für unsere Fraktion bedeutete die Legislatur ab 2023 eine Phase der Neuorientierung: mit weniger Abgeordneten und Mitarbeiter*innen, neuen Rollen und bekannten wie neuen Herausforderungen für unser kleines Bundesland. Zugleich prägten die Jahre nach der Pandemie tiefgreifende geopolitische Umbrüche – der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, der Krieg im Nahen Osten, die erneute Wahl Donald Trumps sowie die wachsende Macht der Plattformökonomien. All dies wirkt unmittelbar auf Bremen und Bremerhaven im Jahr 2025 – finanziell, wirtschaftlich, migrationspolitisch, sicherheitspolitisch und mit Blick auf die fortschreitende Klimakrise.

Ende 2025 folgte die nächste grüne Rotation: Unsere Fraktionsvorsitzende Henrike Müller wechselte in den Senat, unsere bisherige Geschäftsführerin Solveig Eschen rückte für sie in die Bürgerschaft nach. Seitdem bildet sie gemeinsam mit Emanuel Herold die Fraktionsspitze.

2025 haben wir vieles für Bremen und Bremerhaven bewegt – und vieles bleibt zu tun. Mit dieser Broschüre laden wir Sie herzlich ein, einen Blick in unsere Arbeit, unsere Akten und Werkzeugkästen zu werfen. Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldungen und den weiteren Austausch.



Christopher Kulmann

Geschäftsführung





Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
in der Bremischen Bürgerschaft

Zusammenfassung

Klima, Umwelt und Naturschutz

Mit dem Beschluss der neuen **Baumschutzverordnung** stehen nun rund 40 % mehr Bäume unter Schutz. Zusätzlich wurden die **Biodiversitätsstrategie** und das **Insektenschutzprogramm** verabschiedet. Der Erhalt der **Horner Spitze** steht beispielhaft für grüne Politik, die ökologische, soziale und stadtklimatische Aspekte zusammenführt.

2026 sollen mit Graswurzelprojekten zur **Entsiegelung und Umweltbildung** neue Beteiligungsformate angestoßen, vom „Abpflastern“ bis zu Baumpatenschaften. Auch der Schutz besonders wertvoller Bäume als Naturdenkmale soll 2026 wieder fest verankert werden.

Im Oktober 2025 hat der Staatsgerichtshof die **Klimakrise als außergewöhnliche Notsituation** anerkannt. Dieses Urteil verpflichtet Politik und Verwaltung ausdrücklich, Klimaschutzmaßnahmen entschlossen umzusetzen. Im kommenden Jahr geht es also darum, Klimaschutz und Klimaanpassung konsequent in großen Investitionsentscheidungen zu verankern. Mittel aus dem **2-Milliarden-Zukunftspaket** sollen gezielt in den **Klimaschutz** investiert werden: in Gebäudesanierungen, klimafreundliche Mobilität, die Energiewende, mehr Stadtgrün sowie in Hitzevorsorge und den Deich- und Hochwasserschutz.

Soziales, Integration und Inklusion

Mit der **Beteiligungsstrategie für Kinder und Jugendliche** wurde erstmals ein verbindlicher Rahmen für Mitbestimmung geschaffen, der aktuell in Pilotformaten erprobt wird. Ein weiterer Schwerpunkt ist die **Unterstützung von wohnungslosen Jugendlichen**.

Darüber hinaus wurden durch Initiativen und Anfragen die Situationen von **pflegenden Kindern und Jugendlichen** sowie von **älteren Menschen mit Migrationsbiografie** stärker in den Blick genommen und neue Kooperationen zur besseren Information und Unterstützung angestoßen.

Auch die Inklusion wurde weiter vorangebracht. Im Austausch mit dem Landesbehindertenbeauftragten sowie den Bereichen Verkehr, Stadtentwicklung und Sport wurde wiederholt darauf gedrängt, **Barrierefreiheit systematisch mitzudenken** und nicht nur nachträglich herzustellen. Ein wichtiger Schritt war die umfassende Bestandsaufnahme zur **Inklusion im Sport**, die erstmals systematisch aufzeigt, wo es bei barrierefreien Sportstätten und Angeboten noch Lücken gibt und wie diese geschlossen werden können.

2026 soll insbesondere die **Unterstützung von Kindern psychisch oder suchtkranker Eltern** verbessert werden. Außerdem wird die neue Finanzierungssystematik der offenen Kinder- und Jugendarbeit weiterentwickelt, die ab 2027 greifen soll und ausgewogenere Standards sowie mehr Beteiligung von Jugendlichen vorsieht.





Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Bremischen Bürgerschaft

Gesundheit und Ernährung

2025 wurden im Gesundheitsbereich zwei zentrale Vorhaben umgesetzt: der Start der **Ersthelfer-App zur Laienreanimation** sowie die Einrichtung eines Runden Tisches zur **Suizidprävention**, an dem dauerhaft alle relevanten Akteure zusammenarbeiten.

In der Ernährungspolitik wurde mit der Gründung des Kompetenzzentrums „**Forum Küche**“ eine neue Struktur geschaffen, um die Qualität und Nachhaltigkeit der öffentlichen Verpflegung zu verbessern. Zudem wurden die Bedingungen bei der Vergabe von **Cateringverträgen in Schulen und Kitas** so angepasst, dass gesunde und nachhaltige Ernährung stärker berücksichtigt wird.

2026 soll im Gesundheitsbereich die Etablierung eines zertifizierten **Endometriose-Zentrums** in Bremen vorangebracht werden. In der Ernährungspolitik soll die **Bremer Ernährungsstrategie** verbindlich umgesetzt werden. Gleichzeitig sollen mit pragmatischen Lösungen wie **Hybridküchen** auch unter schwierigen finanziellen Bedingungen gute Standards in der Schul- und Kitaverpflegung gesichert werden.

Wirtschaft und Häfen

2025 setzte die grüne Fraktion mit einem Positionspapier zum **Recycling von Windkraftanlagen** und der Initiative für einen Kreislaufwirtschafts-Hub in Bremerhaven gezielte Impulse für die **ökologische Transformation der Wirtschaft**. Das Thema fand überregionale Beachtung und führte unter anderem zu einer Einladung zur Fachkonferenz „Zukunft Offshore“ sowie zu einem Workshop des Wirtschaftsressorts in Bremerhaven.

Parallel dazu wurden die Kontakte zur Hafenwirtschaft ausgebaut, um den **Zusammenhang von Dekarbonisierung und Wettbewerbsfähigkeit** stärker zu verankern. Zum Jahresende wurden mit dem 350-Millionen-Euro-Investitionssofortprogramm wichtige strukturpolitische Schwerpunkte beschlossen.

2026 sollen im Doppelhaushalt und im 2-Milliarden-Zukunftspaket grüne Prioritäten abgesichert werden. Zudem bleiben die **Modernisierung der Häfen** und die Weiterentwicklung der Bremer Innenstadt zentrale Themen.

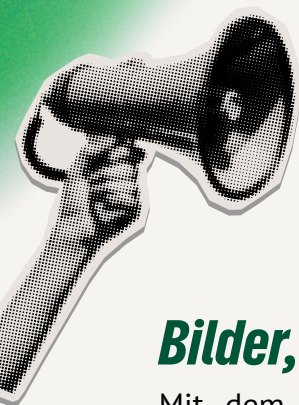
Bauen, Wohnen und lebenswerte Quartiere

2025 stand im Zeichen eines klaren Kurswechsels in der Bau- und Stadtentwicklungspolitik. Mit Änderungen in der **Landesbauordnung** sollen Umbau, Umnutzung und Bestandserhalt gegenüber Abriss und Neubau gestärkt werden. Ziel ist es, bestehende Gebäude länger zu nutzen, **Ressourcen zu schonen** und gleichzeitig neue Spielräume für Wohnraum, soziale Nutzung und Begrünung zu schaffen. Parallel dazu wurden zahlreiche Instrumente zur **ökologischeren Stadtentwicklung** vorangebracht: vom **Schwammstadtprinzip** über ein **Entsegelungskataster** bis hin zu Begrünungsmaßnahmen.

2026 bleibt der **Fokus auf Bestandserhalt, Nachverdichtung und der Umnutzung** bestehender Gebäude. Aufbauend auf dem Antrag zu Parkraumpotenzialen soll geprüft werden, wie vorhandene Flächen in der Stadt künftig besser genutzt werden können.

Ein weiteres Anliegen ist die Entwicklung sogenannter **Care-Räume**, die Sorgearbeit im Alltag sichtbar machen, und ein Programm zur Aufstockung und Umnutzung von Altbremer Häusern.





Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Bremischen Bürgerschaft

Bilder, Kinder und Wissenschaft

Mit dem neuen **Wissenschaftsplan** wurde die finanzielle Grundlage der Hochschulen langfristig gesichert und zugleich ein klarer **Schwerpunkt auf Klima- und Nachhaltigkeitsforschung** gelegt. Ergänzend dazu wurde das Projekt BreGoS (Bremen Goes Sustainable) mit zusätzlichen Haushaltsmitteln so ausgestattet, dass aus einem zeitlich begrenzten Projekt eine dauerhafte Struktur zur Verankerung von Nachhaltigkeit an den Hochschulen entstehen kann.

In der frühkindlichen Bildung und in den Schulen wurden ebenfalls zentrale Schritte angestoßen. Die **Fachkräfteoffensive für Kitas** wurde auf den Weg gebracht, ebenso **Verbesserungen in der Sprachförderung**. In den Schulen wurde die Qualitätsentwicklung gestärkt, unter anderem durch den **Ausbau des Qualitätsinstituts IQHB** mit zusätzlichen Stellen und durch ein neues Dashboard für datenbasiertes Arbeiten.

Darüber hinaus wurden mehrere inhaltliche Schwerpunkte gesetzt: Anträge zur psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, zur Teilzeitausbildung für pädagogische Berufe sowie Anfragen zur Medienkompetenz und digitaler Bildung. Auch außerschulische Lernorte wie Kinder- und Jugendfarmen oder Projekte wie Draußenschulen wurden politisch unterstützt.

2026 sollen drei Schwerpunkte weiterverfolgt werden: die **Inklusion in Kitas**, die weitere **Qualitätsentwicklung an Schulen** und der **Ausbau der digitalen Bildung**. Ein besonderer Fokus liegt auf den **Startchancen-Schulen**, die stärker von sozialer Ungleichheit betroffen sind. Zudem sollen die Themen KI, Mediennutzung und digitale Bildung stärker miteinander verknüpft und Innovationen im Schulalltag erleichtert werden.

Gleichstellung und Arbeitspolitik

Die Ergebnisse zum **Gender Pay Gap in der Wissenschaft**, die auf einen bereits 2020 eingebrachten Antrag zurückgehen, liegen nun vor und bestätigen die Bedeutung kontinuierlicher politischer Arbeit in diesem Bereich.

Gleichzeitig wurde deutlich, dass feministische Politik zunehmend unter Druck gerät und gesellschaftliche Selbstverständlichkeiten wieder infrage gestellt werden. Vor diesem Hintergrund blieb die **Gleichstellungspolitik** ein bewusst gesetzter **Schwerpunkt** innerhalb der Fraktionsarbeit.

Zudem konnten durch gezieltes politisches Eingreifen zahlreiche **ESF-geförderte Projekte** gesichert werden, die wichtige Arbeit unter anderem für Frauen, für Menschen in Haft sowie für Menschen mit erschwertem Zugang zum Arbeitsmarkt leisten.

2026 sollen Arbeitsmarkt- und Gleichstellungspolitik noch stärker miteinander verknüpft werden. Ein zentraler Fokus liegt dabei auf dem **Gender Care Gap** und den strukturellen Nachteilen, die sich aus der ungleichen Verteilung von **Sorgearbeit** ergeben. Neben besseren Rahmenbedingungen in der **Kinderbetreuung** soll auch die Anerkennung von Care-Arbeit als gesellschaftlich relevante Leistung weiter vorangebracht werden.



Demokratie und Erinnerungskultur

Mit der Gründung des **Landesdekolonisierungsbeirats** wurde erstmals ein dauerhaftes Gremium eingerichtet, das die Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit und ihrer Kontinuitäten in Bremen strukturell begleitet. Ergänzend dazu wurde in der Landeszentrale für politische Bildung eine **feste Stelle für Erinnerungskultur** geschaffen, um eine langfristige erinnerungspolitische Strategie zu entwickeln.

Ein weiterer wichtiger Schritt war die Erweiterung der Beteiligungsrechte der Beiräte. Diese können nun erstmals eigene Anliegen direkt in die Bürgerschaft einbringen.

Eine umfassende Anfrage zu rechter Gewalt und Hasskriminalität in Bremen legte Defizite im Umgang mit Angriffen auf Gedenkort offen. Gleichzeitig setzte Bremen mit dem Antrag zur **Einleitung eines AfD-Verbotsverfahrens** ein bundesweit beachtetes politisches Signal. Auch der Einsatz gegen Antisemitismus und für den **Schutz jüdischen Lebens** blieb ein wichtiger Schwerpunkt.

2026 sollen diese Ansätze weiterentwickelt werden. Geplant ist die Verabschiedung eines neuen **Versammlungsfreiheitsgesetzes**. Zudem sollen der **Landesaktionsplan gegen Rassismus** mit konkreten Maßnahmen vorgelegt werden. Die antisemitismuskritische Bildungsarbeit soll gestärkt und die **Meldestrukturen für antisemitische Vorfälle** verbessert werden. Perspektivisch wird zudem an der Einrichtung eines **Instituts für Demokratieforschung** gearbeitet, das sich mit Radikalisierungsprozessen und Rechtsextremismus befassen soll.

Kultur, Queerpolitik und Antidiskriminierung

2025 konnten trotz angespannter Haushaltslage die zentralen Kulturförderungen in ihrer bisherigen Höhe gesichert werden – von der **Förderung der Subkultur und jungen Szene** über die Konzeptförderung bis hin zur Spartenförderung. Zusätzlich wurde eine neue **Personalstelle für Klimaschutz in der Kultur** geschaffen, um Kultureinrichtungen bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen zu unterstützen.

Im Bereich der Queerpolitik wurden mehrere konkrete Fortschritte erzielt. Die bislang unzureichende **statistische Erfassung queerfeindlicher Gewalt** wurde überprüft. Auf Bundesebene setzte sich Bremen erfolgreich gegen die sogenannten „**Rosa Listen**“ im Selbstbestimmungsgesetz ein. Außerdem wurde eine bundesweit vorbildliche Regelung geschaffen, die es Beamt*innen ermöglicht, eine ihrem Geschlecht entsprechende Amtsbezeichnung zu wählen.

2026 soll das Leitmotiv „Kultur braucht Orte“ weiterverfolgt werden, unter anderem durch die Einführung eines **Kulturflächenpachtzinses**, und durch eine gezielte **Festivalförderung**. In der Queerpolitik soll der **Landesaktionsplan gegen Queerfeindlichkeit** nach zehn Jahren neu aufgelegt werden. Zudem wird die Einrichtung eines Gedenkort für die **queeren Opfer des Nationalsozialismus** vorangetrieben.

EMANUEL HEROLD

**Fraktionsvorsitzender &
Sprecher für Wirtschaft, Häfen,
Europapolitik & Entwicklungszusammenarbeit**



Kurzüberblick

- Neue Rolle als **Fraktionsvorsitzender**
- Kreislaufwirtschaft für **Windkraftanlagen**
- Bremerhaven als **Energiewende-Standort**
- **Dialog mit Hafenwirtschaft** vertieft
- Fokus auf **Dekarbonisierung**
- Themen 2026: **Haushalt, Innenstadtentwicklung**

Erfolge und Schwerpunkte 2025

Besonders viel Anerkennung fand Emanuels Initiative zum **Recycling von Windkraftanlagen** und den Aufbau eines **Kreislaufwirtschafts-Hubs in Bremerhaven**. Sein Positionspapier dazu sorgte überregional für Aufmerksamkeit: „Das Thema hat Wellen geschlagen, weit über Bremen hinaus“, sagt er. Die Einladung zur Berliner Fachkonferenz „Zukunft Offshore“ und ein anschließender Workshop des Wirtschaftsressorts in Bremerhaven zeigten, wie grüne Impulse in der Wirtschaft ankommen können.

Darüber hinaus hat er sich fest in den Netzwerken der Hafenwirtschaft etabliert: „Die Branche ist von Tradition geprägt, aber sie merkt, dass wir Grüne uns für ihre Zukunft interessieren“, sagt er. Seine zentrale Botschaft nicht nur für die Hafenwirtschaft, sondern wirtschaftliche Transformation allgemein: **Dekarbonisierung und Wettbewerbsfähigkeit** gehören zusammen.

In den internationalen Entwicklungen spielte u.a. die **Gaza-Israel-Debatte** eine große Rolle in Partei und Öffentlichkeit. „Das war eine der schwierigsten Debatten des Jahres, aber auch ein Moment, in dem wir als Fraktion Haltung zeigen konnten“, betont Emanuel. Seine Bürgerschaftsrede zum Thema fand Anerkennung über Parteigrenzen hinweg, sein Positionspapier wurde Grundlage eines Landesparteitagsbeschlusses.

Wo grüne Politik Wirkung zeigt

Für Emanuel bedeutet grüne Wirtschaftspolitik Dialog statt Dogma. Durch kontinuierliche Gespräche, Fachveranstaltungen und Präsenz vor Ort hat er Vertrauen geschaffen und grüne Perspektiven in der Hafen- und Energiepolitik verankert. „Wenn die Leute sehen, dass wir zuhören und verstehen, wie ihre Arbeit funktioniert, dann ist **Klimaschutz keine Bedrohung mehr, sondern Teil der Lösung.**“

Mit der Verabschiedung des 350 Mio. Euro schweren **Investitionssofortpakets** wurden zum Jahresabschluss klare grüne Akzente gesetzt, u.a. mit der Modernisierung von Infrastrukturen an der Universität und der Hochschule Bremen, der Ausweitung der Investitionen im Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz, mit Projekten zur Verwaltungsdigitalisierung und der nachhaltigen Sanierung von Sportstätten. Der zeitgleiche Beschluss zum **Erhalt der Horner Spitze** und der **Gewerbeentwicklung Airport Stadt Süd** schafft einen gelungenen Kompromiss zwischen ökologischem Schutz und wirtschaftlicher Dynamik in unserer Stadt.

Ausblick 2026 – Ziele und Schwerpunkte

Das kommende Jahr will Emanuel als Fraktionsvorsitzender nutzen, um grüne Prioritäten im Doppelhaushalt und im 2-Milliarden-Zukunftspaket zu sichern. Dabei geht es um zentrale Zukunftsfragen: **energetische Sanierungen, zukunftsfeste Infrastruktur, ökologische Transformation und starke Wissenschaft**: „Was wir jetzt entscheiden, legt die Grundlage für das Bremen der nächsten Jahrzehnte“, betont er. Das betrifft neben dem Haushalt auch die Entwicklung in der **Bremer Innenstadt**: Hier werden mit den Neubauten, die an die Stelle des alten Kaufhofs treten, Weichen für Generationen gestellt. Darüber hinaus bleibt **Modernisierung des Hafens** ein zentrales Thema, vor allem mit Blick auf die Verbindung von zivilen und militärischen Nutzungen.

Sein Ziel für 2026 ist klar: **Grüne Handschrift bei den großen Strukturentscheidungen sichern** und zeigen, dass Klimaschutz und ökonomische Stärke keine Gegensätze sind, sondern Hand in Hand gehen.

SOLVEIG ESCHEN

stellv. Fraktionsvorsitzende & Sprecherin für Geschlechterpolitik, Arbeitsmarkt, öffentlichen Dienst und Religionspolitik



Kurzüberblick

- Arbeit als **Geschäftsführerin**
- Neue Rolle als **stellvertretende Fraktionsvorsitzende**
- **Modernisierung** der Arbeitsprozesse der Fraktion
- **Beratung** innerhalb der Fraktion
- **Fokus auf Gleichstellungspolitik**
- **Langer Atem** lohnt sich
- Anerkennung von **Care-Arbeit**

Erfolge und Schwerpunkte 2025

Für Solveig war 2025 ein Jahr des Übergangs – von ihrer Rolle als **Fraktionsgeschäftsführerin** hin zur **stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden**. „Die Aufgaben sind ganz unterschiedlich, aber beides hat viel mit Organisation und Verantwortung zu tun“, sagt sie.

In ihren zwei Jahren als Geschäftsführerin hat sie vor allem im Hintergrund dafür gesorgt, dass Abläufe **moderner und effizienter** werden: „Ich habe mich gefragt: Wo verlieren wir Zeit, wo machen wir Dinge doppelt, und wie können wir das vereinfachen?“ Das Ergebnis: weniger Bürokratie, klarere Prozesse, mehr Transparenz. Neben dieser Modernisierung hat sie mehrere Prüfungen und Verwaltungsverfahren begleitet. Auch an der **Arbeitsgruppe zur Reform der Parlamentssitzungen** war sie beteiligt: „Leider wurde nicht alles umgesetzt, aber die Ideen liegen auf dem Tisch und können weiterverfolgt werden.“

Besonders gern erinnert sie sich an die **Beratung mit den Abgeordneten**, fachlich wie strategisch: „Das **Vertrauen**, bei schwierigen Entscheidungen um Rat gefragt zu werden, war etwas, worüber ich mich wirklich gefreut habe. Das nehme ich auch in meine Rolle als stellv. Fraktionsvorsitzende mit.“, sagt sie.

Wo grüne Politik Wirkung zeigt

In ihrer neuen Rolle als **stellvertretende Fraktionsvorsitzende** steht Solveig nun stärker im politischen Mittelpunkt. Dabei geht es ihr vor allem um **Zusammenhalt, Sichtbarkeit und Verlässlichkeit**: „Wir sind mitten in einer Phase des Umbruchs. Mir ist wichtig, dass wir als Fraktion geschlossen auftreten und unsere Themen und Werte klar erkennbar machen.“

Thematisch liegt ihr Schwerpunkt weiterhin auf der **Gleichstellungspolitik**, ein Bereich, den sie als Herzstück grüner Politik versteht. Bereits 2020 hatte sie einen Antrag zum Gender Pay Gap in der Wissenschaft initiiert, dessen Ergebnisse nun vorliegen: „Das zeigt, dass sich langfristige Arbeit und ein langer Atem lohnen“, sagt sie.

Zugleich warnt sie vor gesellschaftlichen Rückschritten: „**Feministische Politik** steht derzeit unter Druck. Was früher selbstverständlich war, wird heute wieder infrage gestellt. Deshalb dürfen wir jetzt nicht leiser werden – sondern müssen laut und deutlich und dabei trotzdem diplomatisch bleiben.“

Ausblick 2026 – Ziele und Schwerpunkte

Für das kommende Jahr will Solveig ihre beiden Politikfelder **Arbeit und Gleichstellung** noch stärker miteinander verknüpfen. „Die Arbeitswelt ist für viele Frauen nach wie vor nicht gerecht. Der Gender-Care-Gap zeigt, dass Care-Arbeit immer noch ungleich verteilt ist, mit Folgen für Einkommen, Rente und Aufstiegschancen.“

Ihr Ziel ist es, diese strukturellen Ungleichheiten in der Arbeitsmarkt- und Gleichstellungspolitik zusammenzudenken. Dazu gehören auch bessere Rahmenbedingungen in der **Kinderbetreuung** und die Anerkennung von **Care-Arbeit** als gesellschaftlich relevante Leistung: „Ich freue mich darauf, gemeinsam mit den Kolleg*innen in der Fraktion weiter daran zu arbeiten. Für eine Arbeitswelt, die fair ist und Gleichstellung wirklich ermöglicht.“

PHILIPP BRUCK

**Sprecher für Haushalt und
Finanzen, Klimapolitik,
Energiepolitik, Tierpolitik**



Kurzüberblick

- Begleitung **Klimaaktionsplan**
- **Hundegesetz** & Hundeführerschein
- **Taubenmanagement**
- Beschließung des **Moorschutzprogrammes**
- Schwerpunkt: Klimaschutz als **Sozialpolitik**
- Ziel: **Milliardenpaket für den Klimaschutz**

Erfolge und Schwerpunkte 2025

2025 hat sich besonders in der **Tierpolitik** Philipps Ausdauer ausgezahlt: Mit dem neuen **Hundegesetz** und dem verpflichtenden Hundeführerschein hat Bremen Maßstäbe gesetzt: „Das hat sechs Jahre Arbeit gebraucht, aber jetzt haben wir bundesweit die beste Regelung“, sagt er.

Auch im **Klimabereich** gab es 2025 Meilensteine: Prägend war das Urteil des Staatsgerichtshofs, welches die **Klimakrise als außergewöhnliche Notsituation** anerkennt – ein Schritt, der bundesweit Beachtung fand. Obwohl es nicht leicht wird, das auch für zukünftige Haushalte zu nutzen, bleibt für Philipp entscheidend: „Damit wurde die Klimakrise rechtlich und gesellschaftlich noch einmal als zentrale Herausforderung anerkannt. Dieses Urteil verpflichtet Politik und Verwaltung nun ausdrücklich, entschlossen an konkreten Klimaschutzmaßnahmen zu arbeiten.“

In dieselbe Richtung zielt für ihn auch der Start des neuen **Moorschutzprogramms**: „Jetzt muss das Programm auch mit Leben gefüllt werden. Ein Beschluss ist gut, aber entscheidend ist, was daraus gemacht wird.“

Wo grüne Politik Wirkung zeigt

Ein besonderes Anliegen bleibt für ihn die Verbindung von **Klima- und Sozialpolitik**. Mit einem Positionspapier hat er dazu Akzente gesetzt: „Mir ging es darum, deutlich zu machen, dass Klimapolitik immer auch eine soziale Frage ist – und dass beides zusammen gehört.“

Kleinere, aber sichtbare Fortschritte gab es auch im Alltag der Stadt Bremen: Beim **Radwegeausbau** am Osterdeich oder beim neuen **Taubenmanagement** in der Innenstadt sieht er seine Wirkung. „Das klingt vielleicht unspektakulär, aber es verändert wirklich etwas: weniger Konflikte im Stadtraum und mehr Lebensqualität für Mensch und Tier.“

Sein Engagement für den **Tierschutz** reicht dabei über einzelne Projekte hinaus. Als **Vorsitzender des Tierschutzbeirats** seit März 2025 kann er Impulse in diesem Politikfeld gezielt einbringen: „Dort sind über Parteigrenzen hinweg Abgeordnete auch aus der Opposition für den Tierschutz engagiert, hier können wir mitunter ganz anders arbeiten als sonst im Parlament“, sagt er.

Ausblick 2026 – Ziele und Schwerpunkte

Für das kommende Jahr hat Philipp ein klares Ziel: Er will das **2-Milliarden-Zukunftspaket für ein grünes Bremen** mit Leben füllen. Der Antrag dazu wurde auf der grünen Landesmitgliederversammlung im November 2025 beschlossen. Er sieht vor, in den kommenden Jahren mehr als zwei Milliarden Euro in zentrale Zukunftsprojekte zu investieren, von der **Sanierung von Schulen, Kitas und Hochschulen** bis zu **Klimaschutz, nachhaltiger Infrastruktur und Energiewende**.

„Ich werde mich dafür einsetzen, dass ein großer Teil der neuen Mittel gezielt in **Klimaschutz** und **Klimaanpassung** fließt – in Gebäudesanierung, Verkehr und Energie, Bäume und Deiche“, betont Philipp. Dabei versteht er sich nicht nur als Ideengeber, sondern als **Antreiber**: „Ich möchte dafür sorgen, dass das Thema in den Haushaltsverhandlungen nicht aus dem Blick gerät.“

BITHJA MENZEL

**Sprecherin für Bau und
Stadtentwicklung, Ernährung,
Landwirtschaft & Beiräte**



Kurzüberblick

- **Umbauordnung** vorangetrieben
- **Stadtentwicklung** ökologisch gestärkt
- **Ernährungsstrategie**
- Einsatz für **gesunde Gemeinschaftsverpflegung**
- **Weideprämie**
- Unterstützung von **Quartiersprojekten**

Erfolge und Schwerpunkte 2025

„Ich bin stolz darauf, dass der Umbau in Bremen als echte Alternative zu Neubau mehr in den Vordergrund tritt und zum Beispiel in der neuen Landesbauordnung Erleichterungen dafür zu finden sind“, sagt Bithja. Damit können **bestehende Gebäude leichter erhalten und umgenutzt werden**, bevor über Abriss und Neubau nachgedacht werde. Dieses Prinzip des **Bestandserhalts und des flexiblen Umbaus** ist ein zentraler Baustein ihrer nachhaltigen Baupolitik und hilft auch, die Wohnungskrise in den Griff zu bekommen.

Darüber hinaus hat sie sich in zahlreichen Prozessen dafür eingesetzt, **ökologische Standards in der Stadtplanung** weiterzuentwickeln und zu sichern: Vom Schwammstadtprinzip, **Entsiegelungskataster** über Begrünungsmaßnahmen bis hin zum **Antrag zur Parkplatzüberbauung**: „Wir haben an vielen Stellschrauben gedreht, um Klima- und Umweltaspekte in Bauprojekten zu stärken“, erklärt sie. Vorhandene Flächen werden so intelligenter, nachhaltiger und sozialer genutzt, anstatt neue zu versiegeln.

Als weiteren Meilenstein nennt sie die Etablierung des Kompetenzzentrums für Ernährung **„Forum Küche“** und die verbesserten Bedingungen in der Vergabe von Cateringverträgen an Schulen und Kitas. „Bremen muss die vielen fortschrittlichen Akteur*innen in diesem Bereich weiter stärken, um dem Ziel der gesunden, nachhaltigen Ernährung für alle noch näher zu kommen“.

Wo grüne Politik Wirkung zeigt

Beim **Bremer Weg für effizienteres Bauen** zeigt sich für Bithja besonders deutlich, wie grüne Beteiligung Prozesse verändert: „Wir konnten immer wieder klima- und umweltrelevante Themen einbringen, und so auch einige Fehlentscheidungen vermeiden.“ Auch im Bereich **Ernährungspolitik** sieht sie die grüne Handschrift klar erkennbar: „Dass wir uns so intensiv damit befassen, ist ein echtes Alleinstellungsmerkmal unserer Fraktion“, sagt sie. Eine von ihr eingereichte Große Anfrage soll das Thema dauerhaft auf der politischen Agenda halten. In der **Landwirtschaft** ist besonders der **Erhalt der Weideprämie** ein klares grünes Signal für nachhaltige Landwirtschaft und Tierwohl.

Wie grüne Politik vor Ort wirkt, erlebt sie in **Quartiersprojekten** wie der Stadtteilgenossenschaft Hulsberg oder bei der Unterstützung zur **Rettung des Waller Wieds**: „Solche Vorhaben zeigen, dass unsere Politik den Weg für Innovation, Gemeinschaft und ökologische Stadtentwicklung ebnet.“

Ausblick 2026 – Ziele und Schwerpunkte

Für das kommende Jahr steht die **Bremer Ernährungsstrategie** für Bithja im Mittelpunkt. Dieser möchte sie Verbindlichkeit und Wirkung geben: „Viele Menschen haben daran mitgearbeitet. Es wäre unglaublich schade, wenn das nicht wirkungsvoll umgesetzt wird.“ Außerdem müssen wir mit pragmatischen Lösungen wie **Hybridküchen in Schulen und Kitas** eine gute Verpflegung trotz enger Kassenlage sichern.

Ein weiteres Anliegen sind sogenannte **Care-Räume als öffentliche Infrastruktur**. Sie machen Sorgearbeit sichtbar und erlebbar – mitten im Alltag der Stadt.

Im Bereich **Bauen** bleibt der Fokus auf **Bestandserhalt, Nachverdichtung und Umnutzung bestehender Flächen**. Der Antrag zu **Parkraumpotenzialen** sei ein erster Schritt gewesen, und Bithja möchte diese Ansätze weiterverfolgen. Ein Beispiel wäre etwa mit Programmen zur Aufstockung und Umnutzung von Altbremer Häusern: „Da steckt viel Potenzial, und ich hätte richtig Lust, das weiter voranzubringen.“

RALPH SAXE

**Sprecher für Umwelt, Verkehr,
Gesundheit, Pflege, Demokratie
& Beiräte**



Kurzüberblick

- Erhalt der **Horner Spitze**
- **Beiräte** können nun direkt Anträge einbringen
- **Baumschutzverordnung & Biodiversitätsstrategie**
- **Ersthelfer-App & Suizidprävention**
- Einsatz für **Barrierefreiheit**
- Fokus auf **Umweltbildung, Schwammstadt, "Abpflastern"**
- **Endometriose-Zentrum**

Erfolge und Schwerpunkte 2025

Ralph sieht deutliche Fortschritte in der Umweltpolitik und bei der demokratischen Teilhabe in Bremen. Besonders stolz ist er darauf, dass die **Beiräte** nun erstmals eigene Anliegen direkt in die Bürgerschaft einbringen können: „Das ist ein echter Quantensprung für unsere Demokratie – die kommunale Ebene hat jetzt eine direkte Stimme im Parlament“, sagt er. Erste Beispiele wie die **Drogenhilfestrategie** und die **Schulstraßen-Initiative** zeigen, dass dieses neue Verfahren wirkt.

Auch im Umweltbereich wurden wichtige Ziele erreicht: Mit der neuen **Baumschutzverordnung** stehen rund 40% mehr Bäume unter Schutz, zudem wurden die **Biodiversitätsstrategie** und das **Insektenschutzprogramm** beschlossen. Der besondere Schutz wertvoller Bäume als Naturdenkmale soll ebenfalls wieder fest verankert werden.

Im Bereich Gesundheit freut sich Ralph über zwei lebensrettende Initiativen: den Start der **Ersthelfer-App zur Laienreanimation**, die die Überlebenschancen bei Notfällen deutlich erhöhen soll, sowie die Einrichtung eines Runden Tisches zur **Suizidprävention**, an dem alle relevanten Akteure – von Rettungsdiensten bis zur Polizei – dauerhaft zusammenarbeiten. Damit wird ein seit vielen Jahren gehegter Wunsch realisiert.

Wo grüne Politik Wirkung zeigt

Für Ralph ist wichtig, dass grüne Politik im Alltag wirkt – durch mehr Teilhabe, Inklusion und Engagement. Im Austausch mit dem **Landesbehindertenbeauftragten** hat er dazu wichtige Impulse gesetzt: „Die Belange von Menschen mit Behinderungen gehören nicht in die Fußnote, sondern in den Mittelpunkt“, betont er.

Das gilt insbesondere für den **Verkehrsbereich**: Bei Projekten wie der Domsheide, den Haltestellen an der Martinistraße oder beim **Parken in Quartieren** setzt sich Ralph dafür ein, dass **Barrierefreiheit** von Beginn an mitgedacht wird: „Nur wenn Mobilität für alle funktioniert, ist sie wirklich nachhaltig“, sagt er.

Auch in der Umweltpolitik setzt Ralph auf Mitmachen statt nur Mitreden. Mit Graswurzelprojekten zur **Entsiegelung und Umweltbildung** möchte er Bürger*innen für eigenes Engagement gewinnen, vom Begrünen kleiner Flächen bis zu Baumpatenschaften. Das Projekt „**Abpflastern**“ hat dabei das Potenzial zu einer echten Mitmach-Erfolgsgeschichte.

Dass grüne Politik konkrete Ergebnisse erzielt, zeigt der **Erhalt der Horner Spitze**. Dazu sagt Ralph: „Die Horner Spitze ist ein gutes Beispiel dafür, wo grüne Politik wirkt: Wir haben uns als einzige Fraktion klar für den Erhalt dieser ökologisch und sozial wertvollen Fläche positioniert, und genau diese Haltung hat den Unterschied gemacht.“

Ausblick 2026 – Ziele und Schwerpunkte

Für das kommende Jahr will Ralph seine Schwerpunkte in der Gesundheitspolitik weiter ausbauen. Besonders wichtig ist für ihn die Etablierung eines zertifizierten **Endometriose-Zentrums** in Bremen.

Darüber hinaus will er die **Barrierefreiheit** weiter stärken und die begonnenen **Umweltbildungsprojekte** ausweiten. „Biodiversität, Schwammstadt und Hitzeschutz sind zentrale Zukunftsthemen der Stadtentwicklung. Sie sind so wichtig, weil sie im Alltag der Menschen wirken – sofort und langfristig. Genau darin liegt die Stärke grüner Politik“, sagt er.

FRANZISKA TELL

**Sprecherin für Bildung, Kinder,
Wissenschaft, Datenschutz,
Digitales & Medien**



Kurzüberblick

- **Wissenschaftsplan**
- Projekt **BreGoS**
- **Qualitätsentwicklung** in Schulen
- **Sprachförderung & Fachkräfteoffensive**
- **KI & Medienkompetenz**
- **Grüne Lernorte**
- 2026 im Blick: **Inklusion, Startchancen-Schulen & Digitalisierung**

Erfolge und Schwerpunkte 2025

Besonders prägend war für Franziska ihre Arbeit am **Wissenschaftsplan**, der die Hochschulen finanziell nachhaltig aufstellen und gleichzeitig Klimaforschung und Nachhaltigkeitsforschung stärken soll: „Mir war wichtig, dass wir die Hochschulen als Teil der Stadtgesellschaft denken. Forschung, Klima und Alltag gehören zusammen“, sagt sie.

Ein weiterer Erfolg war die Förderung des **Projekts BreGoS** (Bremen Goes Sustainable), welches Nachhaltigkeit an den Hochschulen dauerhaft verankert: „Wir haben im Haushalt zusätzliche Mittel bereitgestellt, damit aus diesem Projekt eine stabile Struktur entstehen kann, die weiterwirkt“, erklärt sie.

Auch in der **Kinder- und Bildungspolitik** wurden wichtige Schritte gegangen. Die Fachkräfteoffensive für Kitas wurde auf den Weg gebracht, ebenso Verbesserungen bei der **Sprachförderung**. „Unser Ziel ist, dass wirklich alle Kinder frühzeitig erreicht und gefördert werden, unabhängig von Herkunft oder Elternhaus.“

Wo grüne Politik Wirkung zeigt

Grüne Handschrift zeigt sich vor allem in der **Qualitätsentwicklung an Schulen**. Franziska hat sich dafür eingesetzt, dass das **Qualitätsinstitut IQHB** gestärkt wird – mit neuen Stellen und einem **Dashboard**, das Schulen datenbasiertes Arbeiten ermöglicht: „Lehrkräfte können künftig besser sehen, welche Maßnahmen an ähnlichen Schulen erfolgreich sind“, erklärt sie.

Darüber hinaus brachte sie gemeinsam mit der Fraktion mehrere Initiativen voran, darunter den **Antrag zur psychischen Gesundheit** von Kindern und Jugendlichen sowie zur **Teilzeitausbildung**, um mehr Menschen einen Zugang in pädagogische Berufe zu ermöglichen. Auch das Thema **KI und Medienkompetenz** hat Franziska fest im Blick: Durch Anfragen und Debatten in der Bürgerschaft hat sie den Dialog über digitale Bildung entscheidend mitgeprägt.

Ein Herzensanliegen bleibt für sie, **Lernorte außerhalb des Klassenzimmers** zu stärken. In Gesprächen mit der **Kinder- und Jugendfarmen** sowie mit Projekten wie der **Draußenschule** setzt sie sich für naturnahes Lernen und Umweltbildung ein: „Diese Lernorte leisten einen wichtigen Beitrag zu ganzheitlicher Bildung und wir setzen uns dafür ein, dass sie langfristig bestehen bleiben und es zukünftig mehr davon gibt.“

Ausblick 2026 – Ziele und Schwerpunkte

2026 will Franziska ihre Arbeit in drei Bereichen weiter vorantreiben: **Inklusion in Kitas**, **Qualitätsentwicklung an Schulen** und die **digitale Bildung**.

Besonders wichtig ist ihr, den Austausch mit den **Startchancen-Schulen** zu intensivieren. Also den Schulen, die besonders von sozialer Ungleichheit betroffen sind: „Ich will sehen, was dort gut läuft und wo wir noch nachsteuern müssen“, sagt sie.

Auch die Themen **KI, Mediennutzung und digitale Bildung** sollen stärker miteinander verknüpft werden. Zudem will sie die politischen Rahmenbedingungen so gestalten, dass Innovation und Umgestaltung an Schulen leichter wird.

SAHHANIM GÖRGÜ-PHILIPP

**Vizepräsidentin des Landtags &
Sprecherin für Soziales,
Integration, Jugendpolitik,
Senior*innen, Behindertenpolitik**



Kurzüberblick

- **Beteiligungsstrategie** für Kinder und Jugendliche
- Antrag zu **wohnungslosen Jugendlichen**
- Engagement für **pflegende Kinder und Jugendliche**
- Initiative für **ältere Migrant*innen**
- 2026: Strategie für **Kinder psychisch erkrankter Eltern, Stärkung der offenen Jugendarbeit**

Erfolge und Schwerpunkte 2025

Sahhanim hat im vergangenen Jahr vielfältige sozialpolitische Themen vorangebracht und ihren inklusiven Ansatz weiterverfolgt. Ein Meilenstein ist die **Beteiligungsstrategie für Kinder und Jugendliche**, die erstmals einen verbindlichen Rahmen für Mitbestimmung in Bremen schafft und derzeit in Pilotformaten erprobt wird.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der **Unterstützung wohnungsloser Jugendlicher**: Ein für Januar 2026 geplanter Antrag sieht neue Hilfsangebote und präventive Maßnahmen vor, darunter ein „Sleep-In“ als Übergang zwischen Jugend- und Erwachsenenhilfe.

Zudem setzt sie sich für **pflegende Kinder und Jugendliche** sowie für **ältere Menschen mit Migrationsbiografie** ein. Durch von ihr angestoßene Initiativen und Anfragen wurden neue Kooperationen und Maßnahmen auf den Weg gebracht, um Information, Teilhabe und Unterstützung für diese Gruppen zu verbessern.

Wo grüne Politik Wirkung zeigt

Sahhanim ist regelmäßig in den Quartieren unterwegs, im Austausch mit den „Expert*innen des Alltags“. Ob bei Interessensverbänden, sozialen Trägern, Vereinen und Migrant*innenorganisationen geht sie in den Dialog und sorgt dank der engen Vernetzung dafür, dass Themen wie **Teilhabe, Integration und Barrierefreiheit** frühzeitig in politische Prozesse einfließen.

Als **Vizepräsidentin der Bürgerschaft** setzt sie sich aktiv für demokratische Werte ein und steht zugleich für die Sichtbarkeit und Repräsentation von Frauen im politischen Alltag. In dieser Rolle vertritt sie das Parlament bei offiziellen Anlässen und wird als Politikerin mit Migrationsgeschichte wahrgenommen: „Ich merke, dass es etwas bewegt, wenn ich bei Veranstaltungen spreche. Viele kommen danach auf mich zu und sagen, dass sie sich endlich repräsentiert fühlen. Das macht mich stolz.“

Ausblick 2026 – Ziele und Schwerpunkte

Ein Schwerpunkt für 2026 ist es, dass mit einem Antrag sinnvolle Hilfen **Kinder von psychisch- oder suchtkranken Eltern** verbessert werden sollen. „Gerade nach Corona sehen wir, wie stark sich psychische Belastungen in Familien verschärft haben. Die Eltern brauchen medizinische Versorgung, aber auch die Kinder in diesem belasteten Umfeld brauchen unsere gezielte Unterstützung“, sagt sie.

Außerdem wird Sahhanim die Entwicklung der neuen **Finanzierungssystematik der offenen Kinder- und Jugendarbeit** begleiten, die ab 2027 umgesetzt wird. Ziel ist es, mittels ausgewogener Standards in allen Stadtteilen faire Bedingungen für Träger zu schaffen, und die Jugendlichen stärker in die Planungen mit einzubeziehen.

Der **Landesaktionsplan gegen Rassismus** ist weiterhin fest auf ihrer politischen Agenda und sie wird dafür arbeiten, dass er 2026 mit klaren Maßnahmen vorgelegt wird.

MICHAEL LABETZKE

**Sprecher für Bremerhaven,
Innenpolitik & Rechtspolitik**



Kurzüberblick

- Einführung regelmäßiger **Bürgersprechstunden**
- Einsatz für **Demokratie** und Transparenz
- Klare Haltung zu **Najade & Schifffahrtsmuseum**
- Antrag **AfD-Verbotsverfahren**
- Verfechter für **sachliche Sicherheitspolitik**
- Brückenbauer zwischen Bremen und Bremerhaven

Erfolge und Schwerpunkte 2025

Wenn Michael auf das Jahr 2025 zurückblickt, steht für ihn eines im Mittelpunkt: **Bremerhaven**. „Das ist ganz klar mein Schwerpunkt, und für mich auch eine Herzensangelegenheit“, sagt er. Als derzeit einziger Grüner Vertreter aus Bremerhaven in der Bremischen Bürgerschaft sieht er es als zentrale Aufgabe, die Stadt in der Politik sichtbarer zu machen und gleichzeitig grüne Politik vor Ort zu verankern.

So hat Michael sich öffentlich zu Bremerhavener Projekten positioniert, etwa zur Diskussion um die **Najade** oder das **Deutsche Schifffahrtsmuseum**. Durch seine klare Haltung habe er mit dazu beigetragen, dass eine sachliche Neubewertung und mögliche Umverteilungen von Fördermitteln in Gang gesetzt wurden.

Ein herausragender Erfolg für ihn: der von Bremen initiierte **Antrag zur Einleitung eines AfD-Verbotsverfahrens**: „Das ist ein starkes Zeichen! Bremen gehört neben Schleswig-Holstein zu den wenigen Ländern, die diesen Schritt gegangen sind. Andere schauen jetzt auf uns und da müssen wir dranbleiben.“

Wo grüne Politik Wirkung zeigt

In seiner Funktion als Sprecher für Inneres steht er an vorderster Linie im **Einsatz für Demokratie**. „Wir erkennen Probleme an, aber wir differenzieren, statt zu dramatisieren“, betont er. Gerade in Debatten zur Sicherheitslage und Kriminalität verteidigt er evidenzbasierte, sachorientierte Politik gegen populistischer Vereinfachung.

Ein besonderer Schwerpunkt seiner Arbeit liegt auf **politischer Kommunikation und Transparenz**. Über soziale Medien aber auch auf persönlicher Ebene hat Labetzke eigene Formate entwickelt, in denen er politische Themen ausführlich einordnet und erklärt.

Besonders stolz ist er auf seine **Bürgersprechstunden**, die er regelmäßig anbietet. „Das mag unspektakulär klingen, aber es verändert das Bild von Politik“, erklärt er. „Die Menschen sehen, dass da jemand sitzt, zuhört und ansprechbar ist.“ Dieses direkte Format habe das Gefühl gestärkt, dass grüne Politik auch in Bremerhaven nahbar und präsent ist und „nicht irgendwo weit weg in Bremen“.

Ausblick 2026 – Ziele und Schwerpunkte

Für das kommende Jahr hat Michael klare Ziele: Er will seine Rolle als **Brückenbauer zwischen Bremen und Bremerhaven** weiter ausbauen: „Die Beziehung zwischen Land und Kommune ist angespannt, das will ich ändern“, sagt er. Ihm geht es dabei nicht nur um Finanzen, sondern auch um strukturelle Fragen. „Wir müssen grundsätzlich über das Verhältnis zwischen Bremen und Bremerhaven sprechen, über Zusammenarbeit auf Augenhöhe.“

Auch sein Einsatz für **Demokratie und gegen Rechtsextremismus** bleibt zentral. Er will weiter Druck machen, damit der Antrag auf ein **AfD-Verbotsverfahren** politisch vorangetrieben wird. Gleichzeitig will er die öffentliche Kommunikation stärken und demokratische Werte offensiv verteidigen – in den Parlamenten und auf Social Media gleichermaßen.

MAIKE SCHAEFER

Sprecherin für Sport, Bremen-Nord, Verbraucherschutz, Rechnungsprüfung und Controlling



Kurzüberblick

- **Inklusion im Sport** gestärkt
- Einsatz gegen E-Zigaretten und für **Jugendschutz**
- Mitglied der Besuchskommission PsychKG
- Schwerpunkt in **Bremen-Nord**: Schwimmbads Vegesack
- 2026 im Blick: Stärkung des **Verbraucherschutzes, Jugendschutz und Barrierefreiheit im Sport**

Erfolge und Schwerpunkte 2025

Besonders stolz ist Maike darauf, dass es gelungen ist, das Thema **Inklusion im Sport** auf ein neues Niveau zu heben. Mit einem Bericht in der Sportdeputation wurde erstmals umfassend dargestellt, wo es bei **barrierefreien Hallen, Sportstätten und Angeboten** noch Lücken gibt und wie diese geschlossen werden können: „Das Thema war lange da, aber wenig strukturiert. Jetzt ist es auf der Agenda und wird ernsthaft bearbeitet“, erzählt sie. Ziel ist es, künftig in allen Vereinen Ansprechpersonen für Inklusion zu etablieren und die gute Arbeit vieler Behindertenverbände stärker zu vernetzen.

Auch im **Verbraucherschutz** konnte Maike wichtige Akzente setzen. Besonders am Herzen liegt ihr das **Verbot von Einweg-E-Zigaretten**, die nicht nur gesundheitlich, sondern auch ökologisch problematisch sind. „Wir müssen das Thema endlich ernst nehmen, gerade auch mit Blick auf Jugendliche“, betont sie.

Wo grüne Politik Wirkung zeigt

Als **Ansprechpartnerin für Bremen-Nord** ist Maike für viele Menschen vor Ort eine feste Stimme. Sie bringt lokale Themen regelmäßig in die Bürgerschaft ein und sorgt dafür, dass Anliegen aus **Vegesack, Blumenthal oder Burglesum** gehört werden. „Ich will zeigen, dass Politik auch außerhalb des Zentrums präsent ist und dass Bremen-Nord nicht vergessen wird“, sagt sie.

Darüber hinaus liegt ihr die Arbeit in der **Besuchskommission nach dem PsychKG** besonders am Herzen. Ziel ist es, **Patientenrechte zu stärken** und gute Bedingungen für Menschen zu sichern, die auf Hilfe angewiesen sind: „Die Zahl der Betroffenen steigt, deshalb müssen auch die Einrichtungen mithalten“, so Maike.

Außerdem bleibt sie eng mit ihren Netzwerken verbunden, vor allem der **Verbraucherzentrale**, deren Vorstand sie angehört. Diese Kontakte helfen ihr, Themen früh aufzugreifen und praktische Perspektiven in die parlamentarische Arbeit einzubringen.

Ausblick 2026 – Ziele und Schwerpunkte

Für das kommende Jahr hat Maike klare Ziele, vor allem in Bremen-Nord. Ganz oben auf ihrer Liste steht das **Schwimmbad Vegesack**, das dringend saniert werden muss: „Ohne das Bad gäbe es in ganz Bremen-Nord kein Schulschwimmen mehr, das wäre fatal“, sagt sie. Sie setzt sich dafür ein, dass die Planungsmittel gesichert und die Arbeiten endlich begonnen werden.

Auch in der **Stadtentwicklung Bremen-Nords** will sie zentrale Projekte weiter begleiten, etwa das Steingutquartier, das Speicherquartier am Vegesacker Hafen und die Bremer Wollkämmerei.

Darüber hinaus will sie ihre **Schwerpunkte im Verbraucher- und Jugendschutz** weiter stärken und das Thema **Barrierefreiheit im Sport** voranbringen. Gerade beim Jugendschutz sieht sie auch im digitalen Raum großen Handlungsbedarf: Kinder und Jugendliche sollen besser vor problematischen Mechanismen in Online-Spielen geschützt werden. „Da sehe ich noch viel Aufklärungs- und Bearbeitungsbedarf, auch aus eigener Erfahrung als Mutter“, sagt sie.

KAI WARGALLA

Sprecher*in für Kultur & Erinnerungsarbeit, Queer, Antifaschismus & Strategien gegen Rechtsextremismus



Kurzüberblick

- Gründung **Landes-Dekolonisierungsbeirat**
- Stärkung **Erinnerungskultur**
- Einsatz gegen **Queerfeindliche Straftaten**, „Rosa Listen“ und **rechte Gewalt**
- 2026 im Blick: **Kulturflächen & Festivalförderung**, **jüdisches Leben** in Bremen

Erfolge und Schwerpunkte 2025

Ein zentraler Erfolg für Kai ist die Gründung des **Landesdekolonisierungsbeirats**. Das neue Gremium schafft erstmals eine feste Struktur zur Aufarbeitung kolonialer Vergangenheit und der kolonialen Kontinuitäten Bremens. „Dieses Gremium führt die Expertise und die vielfältigen Perspektiven im Bereich Dekolonisierung zusammen und ermöglicht hoffentlich langfristig strukturelle Veränderungen.“ sagt Kai.

Außerdem konnte durch den Einsatz von Kai **eine feste Stelle für Erinnerungskultur** in der „Landeszentrale für politische Bildung“ geschaffen werden - eine wichtige Grundlage um eine **erinnerungskulturelle Strategie in und für Bremen** voranzutreiben.

Ein weiterer Fortschritt ist eine **neue Personalstelle im Rahmen der Klimaschutzstrategie in der Kultur**. „Die Kultureinrichtungen wollen Klimaschutz umsetzen, aber es fehlen Ressourcen. Jetzt gibt es endlich eine Anlaufstelle. Langfristig braucht es aber auch ein Budget zur Umsetzung von Maßnahmen“, sagt Kai.

Außerdem konnten trotz angespannter Haushaltslage alle **Fördertöpfe** - für „Subkultur & junge Szene“, über die Konzeptförderung, bis zur Förderung der einzelnen Sparten - in ihrer bisherigen Höhe erhalten bleiben.

Wo grüne Politik Wirkung zeigt

Bei der **Bekämpfung queerfeindlicher Gewalt** hat Kai erreicht, dass die bislang ungenügende statistische Erfassung entsprechender Straftaten überprüft wird. Zudem hat sich Bremen auf Bundesebene erfolgreich gegen die geplanten „**Rosa Listen**“ im Selbstbestimmungsgesetz eingesetzt. Außerdem wurde mit Kais Einsatz eine bundesweit vorbildliche Regelung für Beamt*innen geschaffen, eine **ihrem Geschlecht entsprechende Amtsbezeichnung** wählen zu können - ein wichtiges Zeichen für Respekt & Selbstbestimmung.

Im Kampf gegen Rechtsextremismus hat Kai mit ihrer ausführlichen Anfrage das Thema **Hasskriminalität und Rechte Gewalt** in Bremen beleuchtet, sie hat sich für einen besseren Umgang mit **rechten Angriffen auf Gedenkorte** eingesetzt und ihren Einsatz für ein **AfD-Verbotsverfahren** weiter vorangetrieben.

Ausblick 2026 – Ziele und Schwerpunkte

Im kommenden Jahr wird Kai vorantreiben, dass der **Landesaktionsplan gegen Queerfeindlichkeit** nach 10 Jahren neu aufgelegt wird. Außerdem setzt sie sich für einen Gedenkort zur **Erinnerung an die queeren Opfer des Nationalsozialismus** ein, sowie dafür, dass Schulen **sicherere Orte für queere Schüler*innen** werden.

Sie will sich auch 2026 ihrem Motto „Kultur braucht Orte“ widmen. Hier wünscht sie sich die Einführung eines **Kulturflächenpachtzins**: „Kultur braucht Räume, ist aber gleichzeitig wirtschaftlich nicht wettbewerbsfähig. Hier müssen wir also einen besseren Weg finden“, sagt Kai. Zudem setzt sie sich weiterhin für eine dezidierte **Festivalförderung**, für ein **dauerhaftes Festivalgelände** in Bremen und für die Etablierung von **Awareness-Teams** im Nachtleben des Viertels ein.

Perspektivisch kämpft Kai weiterhin für die Einrichtung eines **wissenschaftlichen Instituts für Demokratieforschung**, dass sich mit Radikalisierungsprozessen und Rechtsextremismus befasst. Auch der Kampf **gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben** wird einer ihrer Schwerpunkte bleiben - sie setzt sich für eine Stärkung **antisemitismuskritischer Bildungsarbeit**, sowie die Schaffung besserer **Meldestrukturen** ein. Außerdem arbeitet sie schon lange intensiv an einem neuen **Versammlungsfreiheitsgesetz**, das 2026 verabschiedet werden soll.

Danke!

Die Fraktion spricht ihrer ehemaligen Vorsitzenden Henrike Müller einen besonderen Dank aus. Henrike war seit Beginn der 21. Wahlperiode im Jahr 2023 bis November 2025 Vorsitzende der Grünen Fraktion. Mit großem Engagement, Standhaftigkeit und nicht zuletzt mit viel Humor hat sie die Fraktion geprägt, zusammengehalten und durch intensive und herausfordernde Jahre geleitet. Für ihren unermüdlichen Einsatz, ihre Verlässlichkeit und ihre Menschlichkeit gilt ihr ein herzlicher Dank.



HENRIKE MÜLLER

*ehemalige Fraktionsvorsitzende &
ehemalige Sprecherin für Arbeitsmarkt-,
Geschlechter-, & Religionspolitik*

Erfolge und Schwerpunkte 2025

Besonders stolz ist Henrike auf die **Rettung zahlreicher ESF-geförderter Projekte**, die ohne ihr Engagement gefährdet gewesen wären. Viele dieser Initiativen leisten wichtige Arbeit für Frauen, Menschen in Haft oder Menschen mit erschwertem Zugang zum Arbeitsmarkt: „Ich wusste genau, welche Projekte unbedingt erhalten bleiben müssen – und das ist uns gelungen“, sagt sie.

Auch in der Rolle als **Fraktionsvorsitzende** prägte sie entscheidende Debatten, etwa beim **Kirchenasyl**, wo sie als Stimme der Fraktion klare Haltung zeigte: „Das war eine echte Gewissensfrage, und ich bin froh, dass wir da nicht gewichen sind“, betont sie.

Gleichzeitig blickt sie dankbar auf die gemeinsame Zeit in der Fraktion zurück: „Wir waren ein starkes Team und ich bin wirklich froh, Teil davon gewesen zu sein.“

Wo grüne Politik Wirkung zeigt

Mit ihrem Engagement gegen **Gewalt an Frauen** hat sie in den vergangenen Jahren dazu beigetragen, dass das Thema im Parlament und in der Öffentlichkeit stärker wahrgenommen wird. Ihre eigene Offenheit, auch über persönliche Erfahrungen zu sprechen, hat vielen Frauen Mut gemacht: „Ich habe gemerkt, wie wichtig es ist, Gesicht zu zeigen.“

Auch die Verteidigung ökologisch sensibler Flächen – von **Horner Spitze, über die Rennbahn bis Waller Wied** – sieht sie als klare grüne Signale: „Wir haben eine starke Linie gezogen, und das hat Anerkennung gefunden, auch über Parteigrenzen hinaus.“

Manche Entscheidungen während ihrer Zeit als Fraktionsvorsitzende fielen ihr schwer, etwa die Zustimmung zu Kompromissen wie der Freikarte oder der Ausbildungsumlage: „Politisch war das zum Teil sehr herausfordernd“, sagt sie offen. Trotzdem steht sie dazu, dass Regierungsverantwortung auch bedeutet, schwierige Kompromisse mitzutragen.